

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli / August 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz ...**
- **Ulrich Mies: Russland drangsaliert und ...**
- **Fred Schmid: Der Rüstungs-Rekord**
- **Caitlin Johnstone: Die Kaputtmacher**
- **USA: 'die kriegsgerischste Nation der Weltgeschichte'**
- **Karin Leukefeld: Nächstes Ziel Iran**
- **Jochen Mitschka: Das kommende Inferno**
- **Freisprüche für ärztlich assistierte Selbsttötungen**
- **M. G. Bondio: Das Recht auf Hoffnung im Sterben: ...**
- **Sven Schalljo: Bundespräsident empfängt Krefelder**
- **A. Rubinstein: US-Regierung und ... die Demonstrationen in Hong Kong**
- **Andreas Peter: Greta und die Fridays for Future**
- **Sönke Hundt: Das "Zerstörer-Video" von Rezo**
- **John Kiriakou: Julian Assange: politischer Häftling**
- **Wolfgang Bok: Grün ist die Redaktion - ...**
- **Klima-Hysterie hetzt Jung gegen Alt auf**
- **H. Hofbauer: ... Zensur heißt jetzt Faktenprüfung**
- **Ulrike u. Werner Schramm: Wachstum ohne Gewissen?**

Zitat des Monats von [Kurt Tucholsky](#):

**Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter,
als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden
und laut zu sagen: Nein!**

Editorial

Diese Ausgabe beginnt mit einem Bericht über die XV. **Deutsch-Russische Städtepartnerschaftskonferenz**, die von 25. bis 28.06.2019 im Kreis Düren stattfand. In einer zur Zeit eher ungewöhnlich entspannten Atmosphäre begegnete man sich und pflegte Freundschaft unter Beteiligung von Ministerpräsident Armin Laschet, Matthias Platzeck, Frau Gabriele Krone-Schmalz, anderen wichtigen Teilnehmern und insgesamt 700 Gästen aus Deutschland und Russland.

Im Kontrast dazu stehen Berichte und Analysen aus der aktuellen Politik zur Einkreisung Russlands durch die NATO, zu den **Rüstungsrekordausgaben des Westens**, zu den schrecklichen Folgen der Kriegsführung bei den beteiligten Soldaten, die oft nicht mehr zu einem zivilen Leben fähig sind. Schließlich verweist der ehemalige US-Präsident Carter auf die unzähligen Kriege, die seitens der USA auch zu Lasten der eigenen zivilen Entwicklung geführt worden sind.

Zwei weitere Beiträge zeigen auf, dass das strategische **Kriegsziel Iran** immer enger in den Focus rückt, und dass auch Deutschland trotz gegenteiligen Anscheins dieser Aggression nichts Nennenswertes entgegensetzt.

Zum Thema **menschenwürdiges Leben und Sterben** verweisen wir auf die kritischen Stellungnahmen der Ärzteschaft zu einem sehr problematischen Urteil über aktive Sterbehilfe. Wir zeigen in zwei weiteren Beiträgen auf, dass es auch am Lebensende um Hilfe für menschenwürdiges Leben und nicht für aktives Sterben geht.

Ein Schwerpunkt ist diesmal auch ein intensiverer Blick auf die **fragwürdige Berichterstattung der großen Medien**, was an verschiedenen Beispielen mit entsprechenden Hintergrundinformationen aufgezeigt wird: Hongkong, Fridays for future, Rezo, Julian Assange, "grünlastige" Redaktionen, Klimahysterie, Zensur durch EU-Regeln.

Abschließend verweisen wir auf den positiven Filmbeitrag einer privaten Initiative aus Franken, in der die **Zentralisierung des Einzelhandels und der Landwirtschaft** kritisch beleuchtet werden.

[Inhalt](#) ↑

• Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz ...

Vom 25.06. bis 28.06.2019 Juni fand im Landkreis Düren die XV. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz statt. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet begrüßte am 25.06.2019 ca. 700 Gäste aus Russland und Deutschland, darunter Ex-SPD-Chef Matthias Platzeck, Michelle Müntefering vom Auswärtigen Amt und der russische Botschafter. Selten erlebt man dieser Tage einen so [entspannten Umgang von Deutschen und Russen](#) miteinander. Allerdings handelt es sich hier in Aachen und Düren auch weitestgehend um die unermüdlichen Basisarbeiter, die täglich die deutsch-russische Freundschaft leben.

An den Folgetagen wurde mit Bedauern festgestellt, dass durch die politischen Realitäten Grenzen hinsichtlich der Möglichkeiten gesetzt sind, Partnerschaft mit Städten auf der Krim real auszuleben. Kritik wurde an dem durch die Journalisten zu verantwortenden [Unterschied von öffentlicher und veröffentlichter Meinung zu Russland](#) insbesondere von Gabriele Krone-Schmalz und Michail Schwydkoj geübt.

Ein russischer Gast bedauerte, dass es zum 22.06.2019, dem Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, keinerlei Zeichen des Gedenkens aus dem Bundestag

gab. In Moskau gedachte man des Tages mit einer feierlichen [Kranzniederlegung am "Grabmal des Unbekannten Soldaten"](#).

[Armin Siebert](#), Journalist und Musikwissenschaftler, der sich mit Osteuropa befasst. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ullrich Mies: **Russland drangsalieren und den Angriffskrieg vorbereiten**

Im Jahr 2021 soll in Deutschland und Polen das NATO-Großmanöver "Steadfast Defender" stattfinden. Für Ullrich Mies ist völlig offensichtlich, dass der US/NATO/EU-Kriegskomplex des sogenannten freien Westens Russland maximal unter Druck setzen will oder sogar einen Angriffskrieg auf das Land vorbereitet. Zu diesem Zweck hat das westliche Kriegsbandnis [zwischen 2014 und 2018 etwa 1'000 Militärmanöver und -übungen](#) durchgeführt, die Mies einzeln benennt.

Mies legt zudem die verlogenen Narrative des Westens in der aggressiven Propaganda gegen Russland und auch die Komponenten der "Weltherrschaftsstrategie der USA und ihres transatlantischen NATO-/EU-Anhangs" dar.

Das Großmanöver "Steadfast Defender" ist der Testfall auch für Deutschland, um die NATO-Kriegsmaschine gegen Russland in Stellung zu bringen. Und da gibt es lt. NATO-Admiral Manfred Nielson viel zu kritisieren. Bei all dem Kriegsgekreische geht es selbstverständlich auch um Geschäfte, mit denen sich dann die privaten Kontraktpartner zulasten des Steuerzahlers und der Bürger bereichern können. Diese Art der Investitionen dienen ausschließlich der potenziellen Kriegsführungsfähigkeit gegen Russland. Dadurch werden einerseits der Zivilgesellschaft die Mittel für eine positive Entwicklung genommen, und andererseits das Kriegsrisiko in Zentraleuropa weiter erhöht.

[Ullrich Mies](#), seine Interessenschwerpunkte sind internationale politische Konflikte, Neoliberalismus, Demokratieerosion, Kapitalismus- und Militarismuskritik sowie die Erhaltung der Biodiversität. Seit 1994 selbständig, seit 2000 politischer Aktivist; schreibt für Rubikon und die 'Neue Rheinische Zeitung'; Mitherausgeber des Buches ["Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter"](#) ([Interview dazu](#)). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Fred Schmid: **Der Rüstungs-Rekord**

Das 'Stockholm International Peace Research Institute' (SIPRI) meldet für 2018 ein [neues Allzeithoch bei den Welt-Militärausgaben](#): 1'822 Mrd. US-Dollar. Das entspricht einem Anstieg der Rüstungsausgaben gegenüber 2017 um 46 Mrd. Dollar, d.h. real um 2,6%.

Allein der Zuwachs ist so groß wie der Rüstungsetat einer Militärmacht wie Japan: 46,6 Mrd. Dollar. Auf die USA entfielen mit 27 Mrd. Dollar 59% des Zuwachses, auf China mit 12 Mrd. 26%. Alle 29 NATO-Mitglieder zusammen verpulvern 54% der globalen Rüstungsausgaben: 963 Mrd. Dollar. Mit den NATO-Kooperations-Staaten – u.a. Japan, Australien, Südkorea, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und die Ukraine – sind es 70%. Die von der NATO als "Rivalen" klassifizierten Staaten – Russland und China – stehen für 17,4%.

Deutschland hat den Rüstungsetat 2019 gegenüber 2014 um 25%, von 32,45 auf 43,2 Mrd. Euro erhöht.

Die globalen Rüstungsausgaben hatten einen Anteil von 2,1% des Welt-Bruttoinlandsprodukts. Pro Erdenbürger betragen die Kosten für Wehr und Waffen 239 Dollar beziehungsweise 214 Euro.

Die US-Forderung, dass Deutschland seinen [Rüstungsetat auf 2% des Bruttonutzenprodukts](#) steigern müsse, würde einem Geldwert von 75 Mrd. Euro pro Jahr entsprechen.

[Fred Schmid](#), Jg. 1938, studierte in Betriebswirtschaftslehre und promovierte zu "Der Militär-Industrie-Komplex"; ist Mitbegründer und Autor des 'Instituts für sozial-ökonomische

- Caitlin Johnstone: **Die Kaputtmacher**

Auf seinem Twitteraccount postete das US-Militär am 23.05.2019 ein Werbevideo der Army-Basis Fort Benning. Ein Gefreiter der dort ansässigen Pfadfinder-Ausbildungsschule schilderte, wie der Militärdienst ihn als Mensch und Kämpfer verbessert hätte.

Der Folge-Tweet forderte die Leser auf, über die [Auswirkungen des Armeedienstes auf das eigene Leben](#) zu berichten. Daraufhin folgte ein wahrer Sturm an Reaktionen, der die Werbeabsicht der Macher in ihr Gegenteil verkehrt. Caitlin Johnstone archivierte einige dieser erschütternden Posts, die von zahlreichen zerstörten Existenzen berichten, die durch posttraumatische Belastungsstörungen, Vergewaltigungen, Alkoholexzesse und Suizid zerstört wurden.

[Caitlin Johnstone](#) ist eine in Melbourne lebende Journalistin, die sich auf US-amerikanische Politik, Finanzen und Außenpolitik spezialisiert hat. (Red.)

- Brett Wilkins: **Jimmy Carter: Die USA sind 'die kriegerischste Nation der Weltgeschichte'**

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter bezeichnet die USA als "die kriegerischste Nation in der Geschichte der Welt". Carter macht den gegenwärtigen Präsidenten Donald Trump darauf aufmerksam, dass ein Großteil des chinesischen Erfolgs auf dessen friedliche Außenpolitik zurückzuführen sei. Seit 1979 habe China keinen Krieg mehr geführt. [Die USA haben nur 16 von ihren 242 Jahren als Nation in Frieden verbracht](#). Allein seit 2001 haben die USA 5'900 Mrd. Dollar für ihre Kriege ausgegeben. Da China keinen einzigen Cent für den Krieg verschwendet und das Geld in die Infrastruktur steckt, ist es den USA voraus. – Siehe auch das Kurz-Video "[Von China lernen](#)" (3m24).

Jimmy Carter sieht auch den [Einfluss von Geldspenden in der Politik](#) als eine Verletzung des Kerns des politischen Systems der USA (Video, 1m07).

Auch in der Regierungszeit von Carter war die Weltlage von drohender Machtanwendung geprägt. In dieser Zeit hat Carter auf dem Prinzip beharrt, dass Konflikte in größtmöglichem Umfang durch Vermittlung und internationaler Zusammenarbeit auf der Basis des Völkerrechts, Respekt vor den Menschenrechten und wirtschaftlicher Entwicklung gelöst werden müssen. Für sein [einzigartiges Engagement für Demokratie und Menschenrechte](#) hat Carter 2002 den Friedenspreis bekommen. Sein Engagement für Menschenrechte hielt Carter [auch nach seiner Zeit als US-Präsident](#) aufrecht.

[Brett Wilkins](#), San Francisco, ist ein freiberuflicher Schriftsteller und Aktivist mit den Schwerpunkten Krieg und Frieden, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit; er kritisiert Unternehmenskapitalismus, US-Imperialismus, Rassismus und israelische Verbrechen gegen Palästina. (Red.)

- Karin Leukefeld: **Nächstes Ziel Iran**

In einer Anordnung des damaligen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld von 2001 steht nach Darstellung des US-Generals Wesley Clark, "wie wir sieben Länder in fünf Jahren zu Fall bringen werden. Angefangen mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und schließlich Iran." Als Folge wurden militärisch und/oder wirtschaftlich destabilisiert oder zerstört:

Irak 2003, Syrien ist seit 2011 mit Krieg und Sanktionen überzogen, Libanon 2006, Libyen 2011, in Somalia hält der Krieg an, im mittlerweile geteilten Sudan hält der Krieg an.

Nun ist der Iran im Visier: Es wurden 1'000 US-Marines mit der Begründung in die Region geschickt, dass es ungeklärte Anschläge auf vier Öltanker in den Arabischen Emiraten Mitte Mai und weitere Anschläge auf zwei Öltanker Mitte Juni im Golf von Oman gegeben habe. Für die ersten Anschläge wurde ein namentlich nicht genannter "staatlicher Akteur", in den beiden letzten Fällen umgehend der Iran beschuldigt.

US-Außenminister Mike Pompeo legte nach, indem er eine [Reihe von Übeltaten aufzählte, die der Iran angeblich verübt habe – ohne Beweise](#). Gleichzeitig behauptet Pompeo, es läge den USA nur daran, dass der Iran wieder an den Verhandlungstisch komme.

Iran wies die Anschuldigungen kategorisch zurück und wies seinerseits auf bekannte Angriffe der USA unter "falscher Flagge", aber auch die Wirtschaftssanktionen gegen sein Land und die Aufkündigung des Atomabkommens durch die USA hin. Der iranische Außenminister Javad Zarif wirft dem "B-Team" Sabotage der Diplomatie vor, damit sind John Bolton (derzeit US-Sicherheitsberater), "Bibi" Netanyahu (Israels Ministerpräsident) und Mohammed Bin Salman (saudischer Herrscher) gemeint, die in ihrer feindlichen Haltung gegen den Iran von Pompeo unterstützt werden.

Der Iran ist trotz Kriegen, Stellvertreterkriegen und Wirtschaftssanktionen, die die USA und Israel gegen Iran anzettelten, zu einer Regionalmacht aufgestiegen, die die westlichen Herrschafts- und Kontrollpläne in der Region mit eiserner Entschlossenheit abwehrt, und dies mit einem hohen Blutzoll bezahlt hat. Heute stehen mit Russland und China zwei Großmächte an der Seite des Iran, die aktiv eine neue, multipolare Weltordnung mitgestalten.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jochen Mitschka: **Das kommende Inferno**

Mitschka beklagt die [Heuchelei deutscher Politik gegenüber dem Iran](#). So habe Berlin nichts Wirkungsvolles getan, um den Atomvertrag zu retten, den die USA kündigten: Berlin schütze die Unternehmen nicht vor den Folgen der US-Sanktionen, klopfe den Banken und der Bundesbank nicht auf die Finger, weise ein Landeverbot für iranische Maschinen an, und deutsche Politiker nehmen an einer gegen den Iran gerichteten Veranstaltung von Terrororganisationen teil. Deutschland unterziehe sich den USA und wehre sich nicht gegen einen Krieg gegen den Iran. Berlin bemängelt auch nicht die Unterstützung der USA für Saudi-Arabien in Bezug auf Nukleartechnologie und unterstütze Israels Regierung in ihrem gegen Menschenrechte gerichteten Handeln. Angesichts der ersten brennenden Tanker vor der Küste des Iran zeigt sich die Bundesregierung besorgt und ist im Kontakt mit Washington und Paris, nicht mit Teheran. (mit Video, 1h18)

[Jochen Mitschka](#), Jg. 1952, 2009 Rückkehr aus Asien, Gründer der Piratenpartei, Übersetzer, Autor mit verschiedenen Pseudonymen, Artikel und Bücher über Südostasien, Demokratie, Medien und internationale Krisen: ... was man in deutschsprachigen Medien meist vergeblich sucht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Freisprüche für ärztlich assistierte Selbsttötungen**

Das Landgericht Hamburg und das Landgericht Berlin haben jeweils einen [angeklagten Arzt von dem Vorwurf freigesprochen](#), sich durch Unterstützung von Selbsttötungen sowie das Unterlassen von Maßnahmen zur Rettung der bewusstlosen Suizidentinnen wegen Tötungsdelikten strafbar gemacht zu haben.

Die Freisprüche für die beiden Ärzten, die todkranke Menschen nicht gerettet hatten, nachdem sie tödliche Medikamente eingenommen hatten, wurden vom Bundesgerichtshof (BGH) bestätigt. Ärzte sind demnach nicht verpflichtet, Patienten nach einem Suizid gegen deren Willen das Leben zu retten.

1984 hatte der BGH entschieden, dass der Sterbehelfer zur Lebensrettung verpflichtet ist, sobald der Suizident bewusstlos geworden ist.

Die [Reaktionen auf das BGH-Urteil](#) hat die Ärzte-Zeitung zusammengestellt. Dort sehen die Ärztekammer Westfalen Lippe, die Bundesärztekammer, der Marburger Bund und die Stiftung Patientenschutz das Urteil sehr kritisch. Eine ebenfalls klare Stellungnahme gegen das BGH-Urteil kommt von der Liga 'Ärzte in Ehrfurcht vor dem Leben', die begründen, "warum Ärzte sich [niemals an assistiertem Suizid und Euthanasie beteiligen](#)" sollten.

[Inhalt](#) ↑

- Mariacarla Gadebusch Bondio: **Das Recht auf Hoffnung im Sterben: Was am Ende zählt**

Auf der Basis einer transparenten Übermittlung der mit einer Krankheit verbundenen Prognose können Patienten selbstbestimmt entscheiden und ihr Recht auf Autonomie im Angesicht einer möglicherweise lebenslimitierenden Krankheit wahrnehmen. Zu dieser Autonomie gehört auch, sich mit einem selbstbestimmten Sterben zu befassen.

Aber eine Reihe von Untersuchungen zum Verhalten von Patienten, Angehörigen, Ärzten und Pflegepersonal in verschiedenen Ländern und Kulturbereichen konnte zeigen, dass der Umgang mit dem Recht auf wahrhaftige Information über lebenslimitierende Prognosen sehr unterschiedlich in Anspruch genommen wird. Vorstellungen von Autonomie am Lebensende sowie vom Recht auf Wissen beziehungsweise Nichtwissen sind kulturell, religiös, generationsabhängig und geschlechtsspezifisch geprägt.

Zudem zeigen Untersuchungen aus dem onkologischen, onkopsychologischen und palliativen Sektor, dass bei todkranken Patienten und ihren Angehörigen [Hoffnung eine Ressource](#) ist, die von Betroffenen als bedeutungsvoll empfunden wird. Wie eine Metastudie zeigt, ist Hoffnung im Sterben nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Sowohl Patienten als auch Nahestehende empfinden eine Bündelung von Aufrichtigkeit, Sensibilität, Humor und Empathie in der Patientenaufklärung als hoffnungsspendend. Hoffnung kann auch ohne Aussicht auf Heilung bestehen. Ihre Bedeutung ist höchst individuell, relativ und variabel; ihre Justierung kann sich im Laufe der Krankheitsgeschichte mit Hilfe eines feinfühligem Arztes ändern.

[Inhalt](#) ↑

- Sven Schalljo: **Bundespräsident empfängt Krefelder**

Der Krefelder Verein 'Die Wiege' startet mit seinem Projekt 'DaSein' eine neuartige Initiative mit dem Ziel, [Familien in Not ganzheitlich zu helfen und ein Stück zu begleiten](#), also nicht nur beim Spezialfall Altenpflege, sondern bei allen möglichen Notsituationen. Solche Krisensituationen können laut der Bürgermeisterin und zweiten Vereinsvorsitzenden Karin Meincke heute auch dadurch entstehen, dass nur wenige Angehörige in der Nähe wohnen.

Das ehrenamtliche Projekt ist als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zu bezahlten Pflegestellen gedacht. Es werden Helfer gesucht, die "zumindest stunden- oder tageweise praktisch ein Teil der Familie werden" – zunächst regional, perspektivisch deutschlandweit.

Der Ursprung des Vereins geht auf einen Notruf an Karin Meincke aus Afrika, der "[Wiege der Menschheit](#)", zurück – auch wenn damals dem Fröhchen das Überleben nicht gesichert werden konnte.

Den Ehrenamtlern des Projekts 'DaSein' ist es z.B. gelungen, einem Mann mit Muskeldystrophie den [Lebensmut und -willen wieder zurückzugeben](#), den er nach einer Reihe von

Unglücksfällen (Motorradunfall mit Verlust des linken Armes, Hüftprellung, anstehende Amputation eines gebrochenen Beins) verloren hatte.

[Inhalt ↑](#)

- Alexander Rubinstein: **US-Regierung und NGOs fördern und finanzieren die Demonstrationen in Hong Kong**

Demonstranten in Hongkong versuchten am 11.06.2019, das Parlament zu stürmen, um einer Änderung des Auslieferungsgesetzes des autonomen Territoriums mit Festlandchina entgegenzuwirken. Die Änderung des Auslieferungsgesetzes würde es Hongkong ermöglichen, "von Fall zu Fall Flüchtlinge in Länder zu überstellen, die keine langfristigen Auslieferungsabkommen mit der Stadt haben" – wie Festlandchina und Taiwan. Diese Anpassung des Gesetzes erfolgt, weil es sonst keinen rechtlichen Weg gibt, Kriminelle in anderen Teilen Chinas daran zu hindern, der Anklage durch Flucht nach Hongkong zu entkommen.

Einige der an den Demonstrationen beteiligten Gruppen erhalten [beträchtliche Mittel von der 'National Endowment for Democracy' \(NED\)](#), die eine entscheidende Rolle bei unzähligen Regime-Change-Operationen der USA gespielt hat. Die Gruppen erhalten auch politische Unterstützung aus den USA, Kanada und Großbritannien. Am 12.06.2019 wurde von einigen internationalen Medien die Stürmung des Parlaments angekündigt, wo sie von der Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen empfangen wurden. Die Demonstranten scheinen zu versuchen, die Aufmerksamkeit des westlichen Publikums zu wecken, indem sie den Hashtag "AntiExtraditionLaw" und Zeichen auf Englisch verwenden.

Wie die US-Regierung scheint auch der NGO-Industriekomplex vollständig an Bord zu sein. Etwa 70 NGOs, darunter viele internationale, haben sich einem offenen Brief angeschlossen, in dem sie zur Streichung des Gesetzesentwurfs auffordern, auch wenn nur die drei Direktoren von 'Amnesty International', 'Human Rights Watch' und 'Hong Kong Human Rights Monitor' (HKHRM) unterzeichnet haben.

Die NED wurde 1983 nach einer Reihe von Skandalen gegründet, die die blutgetränkten geheimen Aktionen der CIA gegen ausländische Regierungen enthüllten. Von den vier Hauptzweigen des NED sind mindestens zwei in Hongkong aktiv, um die Autonomie Hongkongs zu fördern. Den Organisatoren der Demonstrationen gegen das Auslieferungsgesetz genannten Koalition ist bekannt, dass Koalitionspartner massiv NED-finanziert sind. Lt. NED-Funktionär Greve sind den "Aktivisten die Risiken einer Zusammenarbeit mit NED-Partnern in Hongkong" bekannt", tun es aber trotzdem.

[Inhalt ↑](#)

- Andreas Peter: **Greta und die Fridays for Future**

Die Umweltbewegung ["Fridays for Future" \(FFF\) ist keine Graswurzelbewegung](#). Denn die Bewegung fußt auf existierenden Organisationen: Sie ist finanziell an die "Plant-for-the-Planet"-Stiftung und damit an das Netzwerk des 'Club of Rome' gebunden, ohne dies transparent zu machen. So ist es kein Zufall, dass 'FFF Deutschland' Bezug nimmt auf das Grundsatzdokument des 'Club of Rome' mit dem Titel "Grundwissen Klimawandel".

Bei der deutschen FFF-Sektion tauchen vor allem vier Namen immer wieder auf: Luisa Neubauer, Clara Reemtsma, Jakob Blasel und Louis Motaal. Reemtsma und Neubauer sind/waren Jugendbotschafterinnen der 'One-Foundation', die [mit der 'Open Society'-Stiftung von George Soros in Verbindung steht](#). Über Blasel besteht eine Verbindung zur kampagnenerprobten und weltweit vernetzten Umweltschutzorganisation 'Greenpeace'.

[Inhalt ↑](#)

- Sönke Hundt: **Das "Zerstörer-Video" von Rezo**

[Rezo, der 26-jährige Youtuber und Influencer](#), dessen Klarname weiter nicht öffentlich ist, hat es mit einem 55-minütigen Video geschafft, die Ergebnisse der Wahlen am 26.05.2019 zum EU-Parlament zu "drehen". In welchem Ausmaß - das ist nicht genau zu quantifizieren. Es tauchte die Frage auf, ob solch ein wirksames Video aus dem Nichts auftauchen konnte. Den Reaktionen, Verdächtigungen, Gerüchten und der Anerkennung geht Sönke Hundt nach.

Für den Inhalt des Videos ist Mark Lucht vom [Ströer-Konzern \(Werbekonzern\) verantwortlich](#), nicht Rezo selbst. Auch t-online, das für das Video durch Artikel geworben hat, gehört Ströer.

[Sönke Hundt](#), Jg. 1938, promovierter Betriebswirtschaftswissenschaftler, arbeitet heute journalistisch, engagiert sich im Bremer Friedensforum. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- John Kiriakou: **Julian Assange: politischer Häftling**

'Amnesty International' (AI) sieht bei Julian Assange [keine Veranlassung, den Fall aktiv zu bearbeiten](#): Assange sei kein Gefangener aus Gewissensgründen.

Ähnlich erging es John Kiriakou, der 2012 das Folterprogramm der CIA aufgedeckt hatte und deswegen inhaftiert wurde. Kiriakou erinnert daran, dass AI von allen möglichen Ländern eine Liste der politischen Gefangenen führt, nur nicht von den USA.

Der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, sieht bei den gegenwärtigen Haftbedingungen für Assange in London die Kriterien für vollwertige psychologische Folter erfüllt und fürchtet, dass an Assange ein Beispiel statuiert werden soll, investigative Journalisten zu entmutigen. ([Video](#), 0h06; [tvt-Info](#)). Melzer stellt an anderer Stelle dar, dass er lange gebraucht hat, bis er selbst durchschaut habe, dass das öffentlich gezeichnete Bild von Assange Propaganda ist. [Assange werde systematisch verleumdet](#), um die Aufmerksamkeit von den Verbrechen abzulenken, die er aufgedeckt hatte.

[John Kiriakou](#), Jg. 1964, ein ehemaliger CIA-Terroristenbekämpfer und ehemaliger leitender Ermittler des Senatsausschusses für Außenbeziehungen, weigerte sich bei Foltermethoden mitzumachen, die er nach seinem Ausscheiden aus der CIA öffentlich machte; wurde deshalb von der Obama-Regierung nach dem Spionagegesetz angeklagt und verbrachte 23 Monate im Gefängnis als Folge seiner Versuche, sich dem Folterprogramm der Bush-Regierung zu widersetzen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Bok: **Grün ist die Redaktion – die deutschen Mainstream-Medien haben aus der Flüchtlingskrise nichts gelernt**

Der politische Erfolg der AfD hat in den deutschen Medien nicht dazu geführt, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen, "sondern hat, ganz im Gegenteil, zu einer Wagenburg-Mentalität geführt." Man zeigt nun vor allem Haltung, anstatt neutral zu informieren. 2015 waren 82% aller Beiträge zur Flüchtlingsthematik Merkel-positiv, in der Bevölkerung war dies eher umgekehrt. [In den Medien dominieren grüne Sympathien](#).

Bereits vor dem derzeitigen Grünen-Hype habe es selbst in Springers 'Welt' unter den Mitarbeitern eine klare rot-grüne Mehrheit gegeben. Nach einer Untersuchung der Universität Mainz tendierten 36% der deutschen Journalisten zu den Grünen, 25% zur SPD, 11% zur Union, 6% zur FDP. Fazit: "Die Bereitschaft zur inneren Pluralität geht (in den deutschen Medien. Red.) verloren.

[Wolfgang Bok](#), Jg. 1957, studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre; ist Kolumnist & Autor für verschiedene Publikationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- politonline.ch: **Klima-Hysterie hetzt Jung gegen Alt auf - Experte warnt vor einem Generationen-Krieg!**

Der DAX-Profi Dirk Müller sieht das [Thema des Klima- und Umweltschutzes von den Eliten missbraucht](#), die eine Globalisierung unter dem Motto "One World" betreiben. Insbesondere das Klima soll als weltumspannendes Thema der Weltgemeinschaft genutzt werden. Als Protagonistin wird die eher kindlich erscheinende Greta Thunberg für eine Behauptung im Dienst der Macht-Eliten genutzt.

Der Börsenexperte Dirk Müller wurde kürzlich gefragt, warum das Thema Umweltschutz zur Zeit so intensiv bei der jungen Generation beliebt sei. Er wies darauf hin, dass bereits vor 40 Jahren eine junge Generation gegen die Öl- und Chemieindustrie aufgestanden sei. Heute sei es aber gerade die politische und wirtschaftliche Elite, die die jugendliche Umweltschutzbewegung unterstütze. Als Grund dafür nannte er die Globalisierung: Ziel der Global Player sei die Auflösung der Nationalstaaten. Dafür wird das Thema Klima, aber auch das Thema Migration instrumentalisiert, weil man damit gut gegen die Aufrechterhaltung von Grenzen polemisieren kann.

Gleichzeitig wird eine gefährliche Spaltung zwischen den Generationen betrieben: Die Jungen werden damit aufgehetzt, dass die Alten Schuld an dieser schlechten Welt seien. Diese Spaltung dürfen wir nicht zulassen. Greta Thunberg ist lediglich ein geeignetes Aushängeschild für die dahinter stehenden Organisationen, zu denen der Text interessante Hinweise gibt.

[Dirk Müller](#), Jg. 1968, Finanzexperte, mehrfacher Bestseller Autor, Politikberater, Gründer des Finanzinformationsdienstleisters 'Finanzethos GmbH' mit dem Markenkern 'Cashkurs.com'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hannes Hofbauer: **Brüssel im Machtrausch: Zensur heißt jetzt Faktenprüfung**

Wer den am 14.06.2019 von der EU-Kommission vorgelegten "Bericht über die Umsetzung des Aktionsplanes gegen Desinformation" liest, wird erschreckt feststellen, dass der [Aufbau der EU-weit tätigen Zensurbehörde](#) "Task Force für strategische Kommunikation" bereits weitgehend abgeschlossen ist. Diese Behörde wurzelt in der Ukraine-Krise von 2014 und führte zur Implementierung von Einsatzkommandos in fast allen EU-Ländern, die ihren Blick vornehmlich auf "anhaltende und ausgeprägte Desinformationsaktivität aus russischen Quellen" richten.

Zu der ins Visier genommenen Desinformation gehören insbesondere die "Infragestellung der demokratischen Legitimität der Union sowie Debatten über Migration und Souveränität"; das sind nach Hannes Hofbauer die großen Brüsseler Schwachstellen. Schaut man sich Beispiele von sogenannten Faktenprüfungen an, so wird klar, dass es um die Durchsetzung der Brüsseler Sicht auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geht.

Demnächst soll, so die noch etwas versteckte Botschaft, die Verbreitung von Informationen, die Brüssel als falsch und gefährlich einschätzt, mit Sanktionen bis hin zu Kontosperrern und Reiseverboten geahndet werden.

Der elfseitige Bericht der EU-Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den (Minister)Rat, den Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Europäischen Ausschuss der Regionen liegt in Englisch "[Report on the implementation of the Action Plan Against Disinformation](#)" vor.

[Hannes Hofbauer](#), Jg. 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte und arbeitet als Publizist und Verleger. Autor kritischer Bücher u.a. zum Balkankrieg, zur EU-Osterweiterung, zum Einfluss des Kapitals, zum Feindbild Russland. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ulrike und Werner Schramm: **Wachstum ohne Gewissen?**

Allein in Bayern veröden im Zusammenhang mit Einkaufszentren die Innenstädte von 60 Städten. Die bisherigen Läden der Innenstädte gehen ein, weil auf neuen Gewerbeflächen am Stadtrand oder außerhalb der Städte eine Vielzahl von Geschäften aus dem Boden gestampft werden, die jedoch überall mehr oder weniger das Gleiche anbieten. Mit ihrer Kapitalmacht sind Ketten günstiger als der Einzelhandel traditioneller Einkaufsstraßen, die nun oftmals zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Um an die dazu erforderlichen Flächen zu kommen, sind Landwirte, die sich dem grenzenlos anmutenden "Größenwahn" mancher Stadträte entgegenstellen, von gnadenloser Enteignung bedroht.

Der als Momentaufnahme gedachte Film "[Wachstum ohne Gewissen?](#)" (0h15) thematisiert die Entwicklung exemplarisch.

Ulrike und Werner Schramm führen ein [ehrenamtlich geführtes Kulturkino](#) in Höchstadt, das mit seinem Programm eine kulturpolitisch unverzichtbare Ergänzung und Alternative zum kommerziellen Kino darstellt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑